

An die
FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Hiroshimastraße 17
D-10785 Berlin

Offener Brief

Deutschland, den 15. August 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

im FES-Newsletter vom 1. August weisen Sie auf neue wissenschaftliche Publikationen Ihrer Stiftung hin.

Ein Beitrag widmet sich der „Industriefeindlichkeit“ der deutschen Gesellschaft. Die schwindende „Akzeptanz von Großprojekten“ wird darin als potentielle Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit für die Grundlagen von Wohlstand und gesellschaftlichem und sozialem Fortschritt in unserem Land gewertet.

Aufbauend auf dieser Einschätzung werden Strategien zur Überwindung dieser „Industriefeindlichkeit“ diskutiert.

In der Kurzfassung zu diesem Beitrag von Anna Lena Schönauer ist uns jedoch ein fundamentaler Fehler aufgefallen, der diese unseres Erachtens interessante Abhandlung zu einem durchaus relevanten gesellschaftlichen Thema leider oberflächlich werden lässt und den Leser falsch informiert.

Dort heißt es:

„Stuttgart 21, der Flughafen BER, der Stromleitungsausbau und neue Windkraftparks sind Großprojekte, gegen die Bürger protestieren.

Die "Wutbürger"-Proteste resultieren weniger aus einer grundsätzlich technikfeindlichen Haltung, sondern verdanken sich dem Sankt-Florians-Prinzip und der Entfremdung vom industriellen Produktionsprozess. Politik und Industrie müssen diese Befürchtungen ernst nehmen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern und das Großprojekt Energiewende erfolgreich durchzuführen."

An dieser Stelle und mehrfach innerhalb des Artikels nennt Frau Schönauer die ablehnende Haltung gegenüber sogenannten „Windparks“ in einem Atemzug mit Protesten gegen „andere Großprojekte“.

Sie schreibt von Wutbürgern, Eigeninteressen und einer möglichen Bürgerbeteiligung als Lösungsansatz. Dabei werden alle Gegner von Windkraftanlagen als sogenannte NIMBYs bezeichnet, die nur darauf bedacht seien, die Aussicht von ihrer Terrasse zu bewahren, aber grundsätzlich pro „Energiewende“ wären und letztlich dem gesellschaftlichem Fortschritt aus Eigennutz im Wege stünden.

Leider spart Frau Schönauer damit all jene Menschen aus, die der aktuell verfolgten „Energiewende“-Politik *grundsätzlich* kritisch gegenüberstehen, die der Meinung sind, dass Windkraftanlagen *grundsätzlich* zur Stromversorgung einer fortgeschrittenen Industrienation ungeeignet sind, die sich politisch und sozial engagieren.

Die Autorin übersieht *jene* Menschen, die mit belastbaren Argumenten und Fakten aufzuzeigen versuchen, dass der von ihr beschworene Weg in Wirklichkeit *industriefeindlich* ist!

Zwischen Bahnhofs-/Flughafengegnern und diesen kritischen, dem aktuellen (!) Mainstream nicht folgenden Menschen, die gegen Windparks protestieren, besteht ein wichtiger Unterschied.

Ob Erstere dem Industriestandort schaden, lässt sich so pauschal nicht sagen. Hier wäre bei jedem einzelnen Projekt eine methodisch saubere Kosten-Nutzen-Analyse voranzustellen.

Wer jedoch gegen Windkraftwerke protestiert, trägt eindeutig dazu bei, unseren Wohlstand, unsere Lebensqualität und unsere Natur zu bewahren.

Diese von Frau Schönauer fälschlich als „Wutbürger“ bezeichneten Mitmenschen sind in Wirklichkeit **Vernunftbürger**.

Was immer ihre Motivation ist – unter dem Strich wenden sie Schaden von unserem Industrie- und Wirtschaftsstandort und letztlich von der Gesellschaft ab.

Im Gegensatz zu anderen Großprojekten, die in der Gesamtbilanz zu einer Mehrung des Volksvermögens führen, sind neue Windkraftanlagen nur dank eines milliardenschweren Subventionssystems möglich.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat dieses Subventionssystem mehrfach massiv kritisiert und dessen gemeinwohlschädliche Wirkungen klar benannt.

Wer gegen den Windkraftausbau protestiert, wehrt sich gegen die hässlichen, strompreistreibenden und naturzerstörenden Auswüchse eines **Subventionswettlaufs zu Lasten der Allgemeinheit**.

Der Chef der DENA – einer unter rot-grüner Regierung eingeführten Behörde zur Förderung des Einsatzes „erneuerbarer Energien“ - hat es noch eindeutiger formuliert. Von Berufs wegen Freund der Erneuerbaren, bezeichnet Stephan Kohler den grassierenden und galoppierenden Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikkapazitäten und das dem zugrunde liegende Subventionssystem als „**Wahnsinn**“.

Jeder neue „Windpark“

- erhöht die Strompreise,
- reduziert die Versorgungssicherheit,
- drängt den marktwirtschaftlich organisierten Teil des Energiesektors weiter zurück,
- lässt Investitionen in saubere Gaskraftwerke unrentabel werden,
- erhöht indirekt den Einsatz von Kohle zur Energieerzeugung,
- erhöht tendenziell die Notwendigkeit immer neuer regulierender Eingriffe und Subventionen.

Ganz abgesehen

- vom Flächenverbrauch,
- von den massiven Eingriffen in Flora und Fauna (Wälder werden gerodet, die letzten Naturräume industrialisiert, Vögel und Fledermäuse getötet, die faunistische Artenvielfalt vernichtet),

- von den sozialen Auswirkungen (einige wenige profitieren finanziell, viele haben den Schaden),
- von den viel zu wenig erforschten und oft bagatellisierten Gesundheitsgefahren,
- vom Verlust an Lebensqualität und kultureller Identität, sprich unserer Heimat

ist jeder neue Windindustriepark auch eine Last für den Wirtschaftsstandort und unser Gemeinwohl.

Wer sich für einen Stopp dieses Wahnsinns einsetzt, widerspricht dem Zeitgeist, aber macht sich um das Gemeinwohl verdient. Denn das EEG und die durch dieses absurde System beförderten Windkraftwerke belasten unsere Volkswirtschaft.

Einzelne Unternehmen und Sparten, die davon profitieren, mögen das anders sehen. Insgesamt stellen die steigenden Energiepreise - für die Windindustrieanlagen maßgeblich verantwortlich sind - eine massive Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie dar.

Wer sich also aus Natur-, Tier- und Heimatliebe gegen die subventionsgestützte Windkraftindustrialisierung des ganzen Landes stemmt, der macht sich mindestens mittelbar um den Standort Deutschland und die Gesellschaft als Ganzes verdient. Von Flughafen- und Bahnhofsgegnern lässt sich das - bei allem Respekt - nicht pauschal sagen.

Die implizite Unterstellung, dass Windkraftgegner Technikskeptiker und Feinde des Fortschritts sind, fußt auf falschen Prämissen. Echter technologischer und ökologischer Fortschritt braucht keine neuen „Windparks“ sondern eine **vernünftige Energiepolitik**.

Deshalb hat sich die Bundesinitiative Vernunftkraft Ende Juni 2013 als Dachverband aller Organisationen und Personen konstituiert, auf diesem Gebiet zum Wohl von Mensch und Natur eine Neuorientierung befördern wollen. Binnen kurzer Zeit haben sich rund 180 Bürgerinitiativen und mehrere Wissenschaftler unter dem Banner der Vernunft versammelt.

Die Initiative wird von Menschen mit unterschiedlichsten persönlichen, politischen und weltanschaulichen Hintergründen getragen. Zu sehr großen Teilen von Menschen, die die Windkraftindustrialisierung nicht nur aufgrund der Naturzerstörung, sondern auch wegen ihrer technologischen Unzulänglichkeit

ablehnen. Die Stahlriesen sind nämlich ENERGIEZWERGE, deren grundlegende Technik auf einem mittelalterlichen Prinzip beruht.

Gegen echte technologische Durchbrüche, gegen Innovationen und tragfähige technologische Ansätze, die dem Ruf unseres Landes als Land der Erfinder, Tüftler und Ingenieure gerecht werden, haben die wenigsten Windkraftgegner etwas einzuwenden - ganz im Gegenteil.

Die allermeisten unserer Unterstützer sehnen solche "*echten Technologieschübe*" herbei. Das absurde EEG-System verhindert dies aber gerade.

In gleichem Maße verhindert jeder neue „Windpark“ eine sinnvoll definierte Energiewende. Denn das Programm, was derzeit unter diesem Etikett durchgeführt wird, ist völlig falsch definiert und zum Scheitern verurteilt:

Wollte man auf Basis der jetzt verfügbaren Technologien (inklusive Methanspeicherung) tatsächlich ein Viertel des Stroms aus Windkraft erzeugen, müsste man von Flensburg bis Freiburg und von Aachen bis Görlitz in ganz Deutschland alle 7,3 Km einen „Windpark“ à 10 Anlagen errichten. Mit einem artgerechten Leben für Mensch und Tier ist dies nicht vereinbar.

Quintessenz:

Ihrer verdienstvollen Analyse von Möglichkeiten, wie industrielle Großprojekte vor dem Scheitern bewahrt werden können, muss ein wichtiger erster Schritt vorausgehen: Nämlich die sachlich fundierte Klärung der Frage, ob das fragliche Projekt überhaupt gesellschaftlich vorteilhaft ist. Nur dann sind die vorgeschlagenen Beteiligungsinstrumente sinnvoll.

Bevor man darüber nachdenkt, wie man „die Leute mit ins Boot nehmen“ kann, muss man sicher sein, dass das Boot auf gutem Kurs ist.

In Sachen „Energiewende“ im Allgemeinen und bei „Windparks“ im Speziellen ist das Boot auf direktem Kollisionskurs mit einem scharfen Riff.

Wer hier die Leute mit „Bürgerbeteiligungen“ an Bord holt, befördert den Niedergang unseres Wirtschaftsstandorts.

Wir bitten Sie, die aus unserer Sicht irreführenden Pauschalierungen zu überdenken und differenzierte Betrachtungsweise zu pflegen, wie es Ihrer guten Tradition einer pluralistischen Institution entspricht.

Wir würden uns freuen, mit Ihnen zu diesen Themen in den Dialog zu treten. Denn wir sind uns sicher, dass eine vernünftige Energiepolitik zum Wohl von Mensch und Natur auch im Interesse der Friedrich-Ebert-Stiftung liegt.

Mit freundlichen Grüßen,



Professor Dr. Stefan Tangermann



Dr. Gisela Deckert

Ehrenmitglieder der Bundesinitiative Vernunftkraft.



Dr. Annegret Larsen
Fachbereichsleiterin Geologie
und Klima

Dr.-Ing. Detlef Ahlborn
Fachbereichsleiter Technologie



Dr. Eckhard Kuck
Fachbereichsleiter Medizin



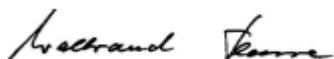
Dr. Nikolai Ziegler
Fachbereichsleiter Volkswirtschaft
und erster Vorsitzender



Dr. Karl-Heinz Glandorf
Öffentlichkeitsarbeit



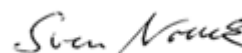
Dr. Antonia Fehrenbach
Fachbereich Biologie



Waltraud Plarre
Bundesinitiative Vernunftkraft
und Sprecherin der
Volksinitiative Rettet
Brandenburg



Sabine Lampe
Bundesinitiative Vernunftkraft
und Vorstand im Landesverband
baden-württembergischer
Bürgerinitiativen gegen
Windkraftanlagen in Natur- und
Kulturlandschaften i.G



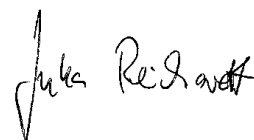
Sven Noack
Bundesinitiative
Vernunftkraft und
Vorsitzender des Landes-
verbands Landschaftsschutz
Sachsen



Katharina Quabius
Bundesinitiative Vernunftkraft
und Sprecherin des Bündnis
Gegenwind Unterfranken.



Frank Jurkat
Bundesinitiative Vernunftkraft
und Vorsitzender des
Landesverbands für Mensch und
Natur, Gegenwind Schleswig-
Holstein e.V.



Jutta Reichardt
Bundesinitiative
Vernunftkraft und
Sprecherin der European
Platform Against Windfarms
(EPAW) Deutschland